Basel, den 10. Juni 1933 XXXIII. Jahrgang / No. 23

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.

VSK USC VIRIBUS UNITIS

Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.)

Einladung

zur

44. ordentlichen Delegiertenversammlung

In Ausführung von § 29 der Verbandsstatuten macht der Unterzeichnete hiermit bekannt, dass der Aufsichtsrat beschlossen hat, die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung auf den **17. und 18. Juni 1933** nach **Lugano** einzuberufen.

Die Versammlung tagt im

Kursaal in Lugano.

Die Verhandlungen beginnen:

Samstag, den 17. Juni 1933, vormittags 9 Uhr.

Die **Tagesordnung** ist folgendermassen festgestellt worden:

1. Eröffnungsrede des Vorsitzenden der Delegiertenversammlung und Begrüssung der Gäste.
2. Ernennung der Stimmenzähler.
3. Wahl eines Vizepräsidenten.
4. Behandlung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung und der dazu gestellten Anträge. Referent: Herr Dr. **B. Jaeggi.**
5. Wahlen in den Aufsichtsrat:
   Periodische Erneuerungswahlen:
   In den Austritt kommen:
   a) Von den Mitgliedern des Ausschusses des Aufsichtsrates: die Herren **F. Gschwind, B. Gutzwiller,** Nationalrat **M. Zgraggen,** alle von Basel.
   b) Von den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates: die Herren **J. Flach,** Winterthur, **Fr. Heeb,** Zürich, Nationalrat **J. Huber,** St. Gallen, und **G. Schwarz,** Chur.
6. Anträge von Verbandsvereinen und Kreisverbänden.
7. Wahl eines Verbandsvereins zur Besetzung der Kontrollstelle.
   Von den drei gegenwärtigen Revisionsvereinen Gelterkinden, Fontainemelon und Wetzikon kommt Gelterkinden in Austritt.
8. Wahl des Ortes der nächsten Delegiertenversammlung.

Der Präsident des Aufsichtsrates:
E. Angst.

Genossenschaftliche Sonderkonferenz in Basel.

Seit gestern, Freitag, tagt in Basel im Grossratssaal eine genossenschaftliche internationale Sonderkonferenz. Diese hätte ursprünglich in Prag stattfinden sollen. Mit der Verlegung nach Basel wollte man vor allem einen zentralen Ort wählen, um allen nationalen Delegationen, namentlich Vertretern der osteuropäischen Länder, zu ermöglichen, diese für sehr wichtig erachtete Konferenz zu besuchen.

Die Einberufung der genossenschaftlichen Führer aller der dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossenen Genossenschaftsorganisationen nach Basel geschah, um in Hinblick auf die am 12. Juni beginnende Weltwirtschaftskonferenz in London durch eine bedeutsame genossenschaftliche Kundgebung und entsprechende Beschlüsse die Stellung der ganzen Genossenschaftsbewegung zu den an der Weltwirtschaftskonferenz aufgeworfenen Fragen klar zu legen und um die genossenschaftliche Sache in London mit Nachdruck vertreten zu können. Das vorbereitende Expertenkomitee für die Weltwirtschaftskonferenz hat den Internationalen Genossenschaftsbund eingeladen, der Konferenz ein Memorandum über die Forderungen und Wünsche der Genossenschafter zu unterbreiten.

Auf die Tagesordnung der Basler Sonderkonferenz stehen vor allem zwei Berichte. Herr H. J. May, der Generalsekretär des I. G. B., wird über «die jetzige Lage der Genossenschaftsbewegung in den einzelnen Ländern» berichten, während Herr Ernest Poisson «die Weltkrise mit Empfehlungen an die Weltwirtschaftskonferenz» behandeln wird.

Im Zusammenhang mit dem Bericht von Herrn May hat der Leitende Ausschuss beschlossen, eine Resolution einzubringen, welche sich einsetzt für:

1. den unbeugsamen Willen der Genossenschaftsbewegung, ihre internationale Einigkeit und Handlungsfreiheit beizubehalten;
2. die Erforderlichkeit des internationalen Friedens und wirtschaftliche Erholung;
3. die Pflicht der Genossenschafter, sich gegenseitig in materieller und moralischer Weise zu unterstützen;
4. die Notwendigkeit für intensive Propagierung der genossenschaftlichen Grundsätze;
5. baldigste Errichtung internationaler Genossenschaftsorganisationen, die sich auf den Gebieten des Handels und der Industrie betätigen.

Da an die Weltwirtschaftskonferenz in London nur Regierungsdelegierte gesandt werden, so ist dem I. G. B. eine direkte Vertretung unmöglich. Genossenschafter können nur in den Regierungsdelegationen einzelner Länder vertreten werden. Dafür werden jedoch auf Einladung vom Völkerbund hin drei Genossenschafter ernannt, um im Namen der Genossenschaftsbewegung der Konferenz und ihren Kommissionen zur Auskunft und beratend zur Verfügung stehen können. Der Leitende Ausschuss beschloss, dass die Vertretung des Bundes von Herrn H. J. May, dem Generalsekretär, und den beiden Vizepräsidenten, Herren Ernest Poisson (Frankreich) und Sir Thomas Allen (Grossbritannien), erfolgen solle.

Die Basler Sonderkonferenz ist in einer schweren Zeit zusammengetreten, in einer Zeit, in der in allen Ländern um die Neugestaltung der Wirtschaft gerungen wird. Die hiesige Zusammenkunft will der ganzen Welt zeigen, dass die Genossenschaften bereit und entschlossen sind, am Wieder- und Neuaufbau der Wirtschaft tatkräftig und entscheidend mitzuarbeiten. Zahlreiche führende Genossenschafter sind trotz ausserordentlich starker Beanspruchung in ihrer Heimat nach Basel gereist, um an den sehr wichtigen Arbeiten der Konferenz teilzunehmen. Wir heissen hier alle herzlich willkommen und hoffen, dass die Konferenz ein positives Resultat zeitigen wird. Möge sie in geschlossener Einmütigkeit den an der Weltwirtschaftskonferenz in London versammelten Mächten zeigen, dass die Genossenschaftsbewegung eine gute, allen gerecht werdende und zweckmässige Lösung der an der Konferenz in London aufgeworfenen Fragen zu bieten vermag. In diesem Sinne wünschen wir den Konferenzarbeiten in Basel den besten und weittragendsten Erfolg.

Das Programm der Weltwirtschaftskonferenz.

Von Dr. Wilhelm Grotkopp, Berlin.

Die Oeffentlichkeit hat nicht gerade mit erwartungsvoller Aufmerksamkeit, erst recht nicht mit optimistischen Hoffnungen die Genfer Verhandlungen des vorbereitenden Ausschusses der Weltwirtschaftskonferenz verfolgt. Viele glaubten, skeptisch fragen zu müssen: Was kann schon von Genf Gutes kommen? Was kann uns eine Weltwirtschaftskonferenz nützen? Bis zu einem gewissen Grade kann man diesen Skeptizismus verstehen, denn zu viele Konferenzen haben schon stattgefunden, ohne dass Wesentliches erreicht wurde. Man erinnert sich vor allem an die Konferenz des Jahres 1927, die zwar vernünftige Grundsätze verkündete, aber doch als Misserfolg zu buchen ist, weil diese klugen Ratschläge nicht beachtet wurden. Man erinnert sich ferner an die Zollfriedenskonferenzen des Jahres 1930, die leider auch ergebnislos verliefen. Aber nichts ist falscher als dieser Skeptizismus, als diese Resignation, denn gerade das Jahr 1932 hat uns gezeigt, dass auch so reiche Länder, wie die U. S. A., machtlos dem Problem der Krise gegenüber stehen, solange sie mit nur nationalen Massnahmen die Krise bekämpfen wollen. Wir müssen aus den bisherigen Ereignissen den Schluss ziehen, dass eine wirksame Bekämpfung der Krise nur auf internationaler Basis möglich ist, dass eine wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Kampf um diese Zusammenarbeit im Vordergrund stehen müssen. Diese Konsequenz unterstreicht auch der Bericht des vorbereitenden Ausschusses, wenn er u. a. schreibt: «Die Bemühungen um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit haben zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrages in Lausanne geführt. Die Londoner Weltwirtschaftskonferenz muss den Friedensvertrag ausarbeiten. Scheitern diese Bemühungen, dann werden alle Länder der Welt eine Politik der Autarkie führen müssen, die den wirtschaftlichen Fortschritt lähmen wird. Eine solche Politik würde aber die internationale Kapitalwirtschaft in ihrem Fundament erschüttern, den Lebensstandard der Massen weiter senken und die gegenwärtige soziale Ordnung würde nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Eine solche Politik der Autarkie ist keineswegs als eine natürliche Konsequenz hinzunehmen, vielmehr hängt es von der Einsicht, dem Willen und der Intelligenz der Menschen ab, ob sie diese Konsequenz vermeiden wollen. Die Verantwortung der Regierungen ist hiermit klar gegeben.» Diese Worte kennzeichnen die grosse Bedeutung, die den Bemühungen um die Weltwirtschaftskonferenz zukommt. Es sind schicksalsschwere Entscheidungen, vor die die Regierungen auf dieser Konferenz gestellt werden.

Die Initiative zu dieser Konferenz ging von England aus, das einerseits das grosse Opfer der Aufgabe des Goldstandards bringen musste und anderseits durch die Verträge von Ottawa eine neue handelspolitische Epoche einleitete. England fühlt sich deswegen auch verantwortlich für den Ausgang dieser Konferenz und ist ohne Zweifel um einen Erfolg dieser nach London einzuberufenden Konferenz ernsthaft bemüht. Die ersten vorbereitenden Arbeiten wurden auf der Lausanner Konferenz geleistet, im November 1932 wurde diese vorläufige Aussprache auf einer Tagung in Genf fortgesetzt, abgeschlossen wurde sie durch die Genfer Tagung vom 9. bis zum 19. Januar unter dem Vorsitz des Holländers Trip. Während dieser Genfer Tagung kam es zu einer überaus interessanten Diskussion, an der die besten Kenner der weltwirtschaftlichen Verhältnisse sich beteiligten. Das Ergebnis dieser Beratungen ist ein Bericht, über den die Weltwirtschaftskonferenz endgültig zu entscheiden hat, und eine Tagesordnung für diese Konferenz.

In diesem Bericht wird zunächst noch einmal die trostlose gegenwärtige Lage geschildert. Es wird daran erinnert, dass heute mindestens 30 Millionen Menschen in der Welt arbeitslos sind, dass die Preise seit Oktober 1929 um ein Drittel zurückgegangen sind und dass der Aussenhandel der Welt sich wertmässig jetzt nur noch auf ein Drittel des Jahres 1929 beläuft. Es wird die Konsequenz dieser Situation geschildert, warnend auf die Gefahren hingewiesen und eine radikale Umkehr gefordert, wobei unter anderem die oben zitierten Worte angeführt werden.

Als im November 1932 die Tagung dieses vorbereitenden Ausschusses für Januar 1933 vorgesehen wurde, hatte man gehofft, dass fast unmittelbar darauf die Weltwirtschaftskonferenz würde stattfinden können. Doch in der Zwischenzeit sind die Konflikte um das Kriegsschuldenproblem entstanden, damit haben sich die Gegensätze wesentlich verschärft, die Aussichten für eine wirtschaftliche Verständigung nicht gerade gebessert. Seitdem weist der Zeiger nicht so sehr auf Verständigung, sondern auf erhöhte Schwierigkeiten hin. Mit diesem umstrittenen Kriegsschuldenproblem hat sich der vorbereitende Ausschuss an sich nicht befassen dürfen, aber es wird doch in eindeutigen Formulierungen darauf hingewiesen, dass eine Regelung dieser Frage eine unbedingte Notwendigkeit sei, dass diese Schulden ein Hemmnis für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg bedeuten, dass es von entscheidender Bedeutung sei, ob die Verhandlungen hierüber sehr bald erfolgreich abgeschlossen werden können. Anderseits wird ausführlicher eingegangen auf das Problem der internationalen Privatschulden, die in Anbetracht des Preisfalles und der Welthandelsschrumpfung zu einer immer drückenderen Last geworden seien. Es wird den Gläubigern nahe gelegt, in den Fällen, wo diese Schulden nicht mehr getragen werden können, eine faire Einigung mit den Schuldnern anzustreben, es wird ein starker Druck auf die Gläubiger ausgeübt, dass sie in der Frage des Zinssatzes und der Amortisation den Schuldnern entgegenkommen, dass sie insbesondere die kurzfristigen Schulden in langfristige verwandeln.

Im Zusammenhang mit dem Abgehen Englands usw. vom Goldstandard werden währungspolitische Auseinandersetzungen eine grosse Rolle spielen. Der vorbereitende Ausschuss hat ja auch in seinem Bericht unterstrichen, dass der Preisfall sich katastrophal ausgewirkt habe und ein Ansteigen der Preise das erste Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung sei. Es ist ferner eingehend die Frage der Möglichkeit eines Abstoppens des Preisfalles erörtert worden; als Mittel des Kampfes gegen den Preisfall wurde eine Politik der Kreditausweitung vorgeschlagen. Somit ist die zentrale Bedeutung des Preisproblemes für die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Zeit klar unterstrichen worden.

Ferner ist selbstverständlich wiederum die Notwendigkeit des Abbaues der Handelshemmnisse betont worden. Die Bemühungen um eine freihändlerische Gestaltung des Welthandels haben nun ja eine besondere Bedeutung erlangt durch die Beschlüsse von Ottawa. Die Politik von Ottawa zwingt selbstverständlich die anderen Staaten zu einer entsprechenden Politik, zu einer Bildung anderer Grossraumwirtschaften, zur Inkraftsetzung von Verträgen, wie denen von Stresa und Ouchy, d. h. zu einer wesentlichen Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel. In dieser Beziehung wird England Konzessionen machen müssen.

Aber auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz werden im Gegensatz zu den bisherigen diese handelspolitischen Fragen nicht im Vordergrund stehen. Das Primat kommt vielmehr den monetären und preispolitischen Problemstellungen zu. Deswegen stehen ja auch auf der vorgeschlagenen Tagesordnung als die ersten drei Punkte die Fragen der Währungspolitik, der Preispolitik und der Kapitalpolitik zur Debatte, erst als Punkt 4 und 5 folgen die handelspolitischen Fragestellungen und als Punkt 6 das Problem der internationalen Kartelle und der internationalen produktionswirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Das Programm für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz ist somit entworfen. Der Bericht des vorbereitenden Ausschusses zeigt klar und deutlich die Aufgaben auf, die gelöst werden müssen. Der Bericht gibt Wege an, um endlich den grotesken Zustand zu beseitigen, dass die Welt im Ueberfluss zu ersticken droht, dass infolge der technischen Entwicklung einerseits die Produktion überall ausgedehnt wurde, aber anderseits infolge mangelhafter Organisation die Konsumenten darben, diese Waren nicht erhalten können. Es ist ein grotesker Zustand, wie er wohl noch nie für die Wirtschaft bestanden hat, ein grotesker Zustand, der nur entstehen konnte, weil man vergessen hat, dass eine vernünftige Wirtschaftspolitik von den Bedürfnissen des Konsums ausgehen muss. Die Konsumenten revoltieren überall, die Revolte der Konsumenten droht zu einer Erschütterung der bestehenden Ordnung zu führen. Die Weltwirtschaftskonferenz wird noch einmal die Möglichkeit geben, diesen grotesken Zustand zu beseitigen. Fehlt es den Staatsmännern an Einsicht und Mut, diese Chance zu nutzen, dann wird eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage unvermeidlich sein.

Die Konsumvereine im Dritten Reich.

(Schluss.)

Die folgenden Abschnitte sind der schwedischen Tageszeitung «Dagens Nyheter» (No. 140 vom 26. Mai 1933) entnommen. Sie zeigen auf Grund eines Interviews, das Albin Johansson, der Direktor des schwedischen Konsumvereinsverbandes, einem Redaktor des Blattes gewährt hat, wie die Ereignisse in Deutschland von einem schwedischen Beobachter beurteilt und gesehen werden.

Die Gleichschaltung der deutschen Konsumvereine.

Die ganze deutsche Genossenschaftsbewegung, so berichtet Direktor Albin Johansson, der kürzlich von einer einwöchigen Geschäftsreise nach Berlin und Paris zurückkehrte, ist gegenwärtig in Umschmelzung begriffen. Die verschiedenen genossenschaftlichen Zentralorganisationen sollen zu einer einzigen verschmolzen, eine gewisse Zahl von Vereinen aufgelöst und an die Spitze anderer neue Leiter gestellt werden, alles auf Befehl der Diktatoren, die die Regierung einsetzte. Bei der Umgestaltung des Steuer- und Verkaufssystemes der Genossenschaften gedenkt man sich im übrigen an die schwedischen Grundsätze zu halten. Herr Johansson stellt weiterhin fest, dass die Hetze gegen die Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte nunmehr aufgehört zu haben scheint und dass diese Geschäfte von Menschen völlig wimmelten.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung untersteht der von der Regierung organisierten «Deutschen Arbeitsfront», bemerkt Direktor Johansson. In den gleichen Apparat ist auch die Gewerkschafts- und Arbeiterbank-Bewegung eingeschaltet. Der oberste Leiter ist Dr. Robert Ley, währenddem Karl Müller die Unterabteilung für die Konsumvereine unter sich hat. Müller war früher Direktor einer Bank in München und unterstützte Hitler schon im ersten Jahre seines Auftretens mit Geldmitteln. Als Vertrauensmann Müllers fungiert ausserdem Robert Schloesser, der schon früher als

Redaktor einer Konsumentenzeitschrift eine «nationalsozialistische Gesinnung» an den Tag legte und dafür nun mit der «Einschaltung» der deutschen Genossenschaftsbewegung, d. h. der Einordnung in das System betraut wurde.

Ich hatte Gelegenheit, mit den Herren persönlich zusammenzutreffen, fährt Herr Johansson fort, und ich muss sagen, dass sie sehr liebenswürdig waren, obschon ich ihnen gleich zu Anfang deutlich zu verstehen gab, dass ich ihre politischen Anschauungen nicht teile, sondern bestimmt glaube, dass wir in Schweden auch in Zukunft mit den demokratischen Grundsätzen sehr wohl auskommen könnten. Es wurde mir indessen klar, dass es gegen das, was diese Herren beschliessen, keinerlei Berufung gibt, wenn es z. B. gilt, ob ein Konsumverein überhaupt weiterhin bestehen darf oder nicht.

Es ist nämlich eine Tatsache, dass eine gewisse Zahl von Konsumvereinen aufgelöst werden soll. Das soll indessen in sehr bescheidenem Masse erfolgen und keineswegs die grossen Vereine berühren oder die Mitgliedschaft in ihrer Gesamtheit erwähnenswert reduzieren. Bei der «Hinrichtung» von Konsumvereinen scheint man den Grundsatz befolgen zu wollen, dass die schwachen und kraftlosen sterben sollen. Das geschieht wohl in erster Linie deshalb, um in irgend einer Weise der Hetzestimmung, die durch die Kleinhändler erzeugt wurde, entgegenzukommen. So sollen in der Regel dort, wo sich mehrere Konsumvereine vorfinden, alle zu einem einzigen zusammengeschmolzen werden. In Berlin z. B., wo früher ein allgemeiner und ein Beamtenkonsumverein existierte, wird bestimmt in Zukunft nur noch ein einziger bestehen. In allen Fällen fassen die statutarischen Organe die entsprechenden Beschlüsse, die wirkliche Bestimmung haben aber doch immer die von der Regierung eingesetzten Diktatoren.

Man war innerhalb der deutschen Genossenschaftskreise natürlich sehr besorgt, wie sich die Regierung zu den Genossenschaften einstellen werde. Heute erklärt man nun von offizieller Seite, dass man keineswegs die Absicht habe, die Genossenschaftsbewegung kaputt zu schlagen. Dass ihr damit ernst ist, zeigt vielleicht am besten die von den Herren Ley und Müller in der letzten Nummer der «Konsumgen. Rundschau» erlassene Proklamation, in der den Spareinlegern der Konsumvereine mitgeteilt wird, dass ihre Gelder keinerlei Gefahren ausgesetzt, sondern im Gegenteil besser sichergestellt sind als je.

Die meisten Genossenschaften, zum mindesten die grösseren, werden indessen Regierungskommissäre erhalten, und diejenigen, die noch keine erhalten haben, warten mit Ungeduld darauf. Es ist nämlich für eine Leitung gar keine leichte Aufgabe, mit dem Personal zuschlage zu kommen, wenn sich in seiner Mitte nationalsozialistische «Zellen» gebildet haben; denn diese haben eine grössere Macht als die Leitung. Diese Zellen sind im übrigen «geschlossen», insoferne nämlich als sie seit der Umwälzung keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen.

In einer andern Beziehung wird vielleicht die Neu-Organisation der Genossenschaften tiefer greifen. Die Einheitlichkeit innerhalb der Bewegung, die wir in Schweden zielbewusst angestrengt und auch auf freiwilligem Wege zustande gebracht haben, gedenkt man in Deutschland mit einem Machtspruch zu verwirklichen. Die vier grossen Zentralorganisationen, die sich vorfinden, sollen zu einer einzigen zusammengeschmolzen werden. Im Zusammenhang damit beabsichtigt man auch, die Steuergesetzgebung für die Konsumvereine zu ändern, und findet zu diesem Zwecke das schwedische System als am geeignetsten. Bis heute verkauften die Konsumvereine nur an Mitglieder und bezahlten lediglich die Immobiliensteuer und dergleichen. Nach der Vereinheitlichung denkt man, den Verkauf auf die Allgemeinheit auszudehnen und demgegenüber die Konsumvereine zu verpflichten, Steuern gleich wie andere Handeltreibende zu entrichten.

Auch für das genossenschaftliche Pressewesen soll ein nationalsozialistischer Leiter eingesetzt werden. Vorläufig ist es noch nicht soweit, aber es wird keine einzige Nummer herausgegeben, deren Inhalt nicht vorher gutgeheissen wurde. Innerhalb der nächsten Zeit denkt man auch, alle genossenschaftlichen Zeitungen in eine einzige zusammenzufassen, oder wenigstens alle unter eine einheitliche Leitung zu stellen.

Aus der Verschmelzung verschiedener Vereine ergeben sich naturgemäss auch gewisse «Ersparnisse» in der Leitung. Soweit es sich um ältere Personen, die lange im Dienste der Genossenschaften standen, handelt, besteht ein Anspruch auf Pensionsversicherung, und diese ziehen gewöhnlich vor, ihre Pensionierung einzureichen, bezw. freiwillig abzutreten, wie man das nennt. In einem Teil der übrig bleibenden Konsumvereine können die bisherigen Leiter verbleiben, in andern werden neue eingesetzt. Ich glaube kaum, dass dabei ein anderes System in Anwendung gelangt, als was die in der zentralen Leitung massgebenden Persönlichkeiten in jedem einzelnen Fall für angebracht halten.

Im grossen und ganzen, sagt Direktor Johansson weiter, kann man indessen sagen, dass die Genossenschaftsbewegung in Deutschland noch in den Anfängen des Umschmelzungsprozesses steckt. Von all dem neuen, was man plant, hat man noch sehr wenig durchgeführt. Man gedenkt nun, ein Zentralbureau für das Genossenschaftswesen zu organisieren. Gegenwärtig ist diese Stelle noch in einem kleinen Versammlungslokal untergebracht. Als ich dort war, gedachte man am folgenden Tag, vier Räume belegen zu können. In diesen vier Räumen soll nun über das Schicksal der Genossenschaftsbewegung entschieden werden.

Die Geschäftstätigkeit in den genossenschaftlichen Verkaufsstellen geht im übrigen weiter wie bis anhin. Die Mitglieder tätigen ihre gewohnten Einkäufe, und die Konsumvereine haben sogar das Recht, den Arbeitslosen gegen entsprechende Ausweise verbilligte Butter abzugeben. Wollte man die Genossenschaftsbewegung zerstören, so hätte man ja einfach die Konsumvereine von der Warenvermittlung an Arbeitslose vollständig ausschliessen können.

In der ersten Zeit ging die Agitation gegen die Konsumvereine Hand in Hand mit der Agitation gegen die Einheitspreisgeschäfte und Warenhäuser. Nun besuchte ich verschiedene Warenhäuser, die. wie auch die Einheitspreisgeschäfte, von Menschen wimmelten. Ich konnte dort keinerlei Plakate oder sonst etwas vorfinden, das auf irgend einen Unterschied gegenüber früher hinwies. In dieser Beziehung scheint sich also die erste Aufregung gelegt zu haben.

Indessen konnte man nicht lange darüber im Zweifel sein, sagte Herr Johansson zum Schluss, dass, insoferne jemand etwas anderes dachte als die

heute tonangebenden Kreise, es nicht empfehlenswert war, das laut zu äussern, und zwar weder in Gesellschaft noch auf der Strasse. Ich möchte auch keineswegs in Deutschland Jude sein, wenn ich auch Beweise dafür bekam, dass sehr viele Deutsche mit ihnen Bedauern haben und keineswegs davor Angst haben, zum Beispiel einen jüdischen Arzt zu konsultieren. Aber Mut ist dazu immerhin erforderlich.

Ich sah übrigens auch im Zug von Paris nach Berlin mehrere Juden. Die Gründe, warum diese zurückreisten, sind mir unbekannt, aber die Juden wurden ja auch schon in früheren Zeiten in Länder, aus denen sie weggejagt worden waren, zurückberufen, sobald man sah, dass man deren Hilfe in finanziellen Angelegenheiten nötig hatte. So geschieht das vielleicht auch in Deutschland, wenn man sie braucht.

Volkswirtschaft

Börse, Volksentscheid und Finanzreform.

(Mitgeteilt.)

Wenn wir die Börsenjobber glücklich machen wollen, müssen wir recht unsolide wirtschaften. Am 28. Mai hat das Schweizervolk den Lohnabbau bei den Bundesangestellten abgelehnt, am Montag ging der Tanz ums goldene Kalb bei den Schweizerbörsen los wie nie zuvor. Die Kurse der führenden Industrieaktien und der Trusts mit ausländischen Anlagen wirbelten von Minute zu Minute höher empor, die Bankaktien blieben dagegen links liegen, denn die Börsianer wissen sehr gut, dass die Banken von einer Geldentwertung nichts profitieren können.

Was die Industrieaktien gewannen, das verloren die festverzinslichen Werte: die zu 3,5 Prozent verzinslichen Anleihen der Bundesbahnen, die vor wenigen Monaten den Parikurs überschritten, stürzten bis auf 90 Prozent, die jüngste, zu 3,5 Prozent verzinsliche Anleihe des Bundes sogar auf 86 Prozent. In einer Inflation gewinnen die Industrien auf Kosten der Sparer und Rentner und die Banken, die zwischen beiden stehen, können froh sein, wenn sie ungeschoren davon kommen.

Die schweizerischen Börsen haben aus dem Volksentscheid den Schluss gezogen, dass auch die Schweiz einer Inflation, zum mindesten einer teilweisen Geldverschlechterung nicht entgehen werde und haben die Bewertung der Papiere dementsprechend geändert. Wenn ihnen diese Meinung nicht wieder benommen wird, dann muss aus der Inflationsangst eine fühlbare Verteuerung des Kredits entspringen. Bei den heutigen Kursen könnte der Bund nicht einmal mehr vierprozentige Anleihen beim Publikum anbringen, und kleinere Schuldner müssen natürlich noch höhere Zinsen zahlen. Auf einen Abbau der Hypothekenzinsen unter 4,5 Prozent würde man dann nicht mehr rechnen dürfen, und damit wäre dem Abbau der Mieten bald ein Ziel gesetzt. Doch auch in anderer Hinsicht würde sich die Lebenshaltung durch die Erhöhung der Zinsen zweifellos verteuern.

Es ist eigentlich verwunderlich, dass die Börse dem ablehnenden Volksentscheid eine so grosse Bedeutung beigemessen hat, denn der vorgeschlagene Lohnabbau wäre zur Sanierung der öffentlichen Finanzen ganz unzulänglich gewesen. Ein auf anderthalb Jahre befristeter Lohnabbau um 7,5 Prozent ist heute schon nicht viel mehr als ein Tropfen auf einen heissen Stein. Das Defizit der Bundeskasse wird für das laufende Jahr auf hundert Millionen Franken geschätzt und der Lohnabbau hätte dem Bund in diesem Jahre wahrscheinlich keine zehn Millionen Franken erspart.

Nun wird man diese Finanzkrankheit nicht ausschliesslich auf Kosten der Bundesangestellten heilen können, aber der Finanzminister müsste ein Hexenmeister sein, der sie ohne jede Mithilfe der Bundesangestellten zum Verschwinden bringen könnte. In den benachbarten Ländern, in Italien, Deutschland, Belgien, England, Amerika, haben die Beamten einen Lohnabbau von 15 bis 25 Prozent hinnehmen müssen, und wo man, wie in Russland, keinen Lohnabbau vorgenommen hat, hat man die Preise der vom Staat gelieferten Waren um 50 bis 200 Prozent erhöht. Ob dieser Kelch allein den schweizerischen Staatsbeamten erspart bleiben wird, ist sehr fraglich. Niemand hat ein so grosses Interesse daran, dass der Staat nicht zahlungsunfähig wird, als der Staatsbeamte, und ohne eine gründliche Reform der Finanzpolitik muss der Staat auch bei uns zahlungsunfähig werden, wie es die Börse schon voraussieht.

Die Lage hat sich seit dem Beginn des Kampfes schon so weit verschlimmert, dass beide streitende Parteien nachgeben müssen, wenn die Finanzen gesunden sollen. Die Bürgerlichen werden die von den Sozialisten geforderte Krisensteuer, die Sozialisten den von den Bürgerlichen geforderten Lohnabbau wenigstens teilweise hinnehmen müssen. Das ist offenbar der Sinn des neuen Finanzprogramms des Bundesrates, das mit einer anerkennenswerten Promptheit die Besorgnis aus dem Wege räumt, dass der Bundesrat sich durch den Volksentscheid ins Bockshorn jagen lasse und lasse den Karren laufen wie er wolle. Diese Promptheit ist auch angesichts der Entwicklung an der Börse sehr notwendig, denn wenn sich an der Börse die Meinung befestigen sollte, dass die Schweiz eine Inflation nicht vermeiden kann, so könnte gerade durch dieses Vorurteil eine Inflation unvermeidlich werden.

Die neuen Steuern werden ja denen, die sie zahlen sollen, ebensowenig gefallen wie seinerzeit die Erhöhung der Kaffee- und Teezölle. Aber wie man eingesehen hat, dass bei der heutigen Finanzlage des Bundes ein Verzicht auf diese Einnahmen einfach nicht möglich ist, so wird man sich auch mit den neu vorgeschlagenen Steuern abfinden müssen, zumal sie auch das Kapital empfindlich belasten. Die Finanzkraft des Bundes und die Kaufkraft der Bundesbeamten kommt aus den Taschen der Steuerzahler, und wenn das Volk sie in voller Höhe erhalten will, müssen die Steuerzahler tiefer in die Tasche greifen. Einen andern Ausweg aus diesem Dilemma wird sicherlich kein Finanzgenie entdecken.

Es hat darum keinen Zweck, die einzelnen neuen Steuern zu diskutieren. Wer den Zweck will, muss die Mittel wollen. Wir können nur froh sein, dass die Steuerkraft der Schweiz in den vergangenen Jahren genügend geschont wurde, um die zusätzliche Belastung heute ohne die Gefahr eines Zusammenbruchs tragen zu können.

Ein eidgenössisches Finanzprogramm. Mit Rücksicht auf die zunehmende Verschlimmerung der Finanzlage der Eidgenossenschaft schlägt der

Bundesrat u. a. folgende gleichzeitige vorübergehende Massnahmen vor:

1. Herabsetzung aller hiezu geeigneten Ausgaben mit Ausnahme der Aufwendungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Unterstützung der Arbeitslosen. Erwartete Einsparungen: Etwa 30 Millionen Fr.
2. Schaffung neuer Einnahmen:
   a) Ausdehnung (auf bisher abgabefreie Urkunden) und Erhöhung (Coupon) der Stempelabgaben und Besteuerung der Tantièmen. Geschätzter Mehrertrag: 18 Millionen.
   b) Allgemeine Getränkesteuer. Ertrag: 35 Mill.
   c) Belastung des Tabaks. Erhöhung der bisherigen Einnahmen um 16 Millionen.
   d) Erhöhte Besteuerung der gebrannten Wasser. Mehreinnahmen 10 Millionen.
   e) Ausserordentliche Besteuerung des Einkommens aus Vermögen und Arbeit. Ertrag: 30 Millionen.
3. Anpassung der vom Bund bezahlten Besoldungen und Gehälter.

Der Rückgang des Welthandels. Nach einer Zusammenstellung der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundssekretariats betrug der Gesamtwert des internationalen Warenaustausches Ende März 1933 noch 5381 Millionen Golddollar oder 35% des Gesamthandelswertes im Jahre 1929. Die zuletzt eingetroffenen statistischen Zahlen zeigen, dass Import und Export im April dieses Jahres nach einer vorübergehenden saisonmässigen Erholung im März weiter zurückgegangen sind.

Rationalisierung in Reinkultur. In New-Jersy (U. S. A.) befindet sich eine Kunstseidenfabrik, welche vollautomatisch arbeitet und die geleitet wird durch photoelektrische Zellen, mittels welcher ein Beamter in New York, ohne den Schreibtisch zu verlassen, die in der Fabrik zu verwendenden Farben wechseln kann.

Warenhäuser in Frankfurt a. M. bauen Lebensmittelabteilungen und Erfrischungsräume ab. Wie in verschiedenen anderen Städten, haben laut «Edeka-Rundschau» jetzt auch in Frankfurt a. M. Verhandlungen der Verbände des Einzelhandels des Handwerks und der zuständigen Kampfbundleitung mit den Vertretern der Warenhäusern zu einem sehr beachtlichen Ergebnis geführt. Es ist vereinbart worden, dass in den Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften in Frankfurt a. M., Wiesbaden, Offenbach und Fulda bis zum 1. Juli die Lebensmittelabteilungen und Erfrischungsräume abgebaut werden mit der Massgabe, dass Gebäck bereits innerhalb 8 Tagen und Fleisch und sonstige Fleischwaren innerhalb 14 Tagen aufgegeben wurden. Ab 1. Juli werden weder Lebens- und Genussmittel irgendwelcher Art in den erwähnten Häusern mehr verkauft noch Erfrischungsräume betrieben werden. Ein entsprechender Abbau ist bei den Warenhäusern in Hanau bereits erfolgt.

An der Besprechung nahmen die Vertreter der Firmen Tietz, Wronker, Hansa, Schiff, Schneider, Woolworth, Epa, Ehape (Frankfurt und Köln), Wohlwert (Hanau), Erwege (Fulda) von seiten der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte teil.

Aus der Praxis

«Die zehn Wünsche eines Kunden.»

Die «Konsumgen. Rundschau» entnimmt einer Handelszeitschrift folgende auch für unser Verkaufspersonal sehr beachtenswerte Hinweise:

1. Wenn du auch so beschäftigt bist, dass du zehn Hände gebrauchen könntest, behandle mich so höflich und zuvorkommend, wie einen persönlichen Gast, den du zu Hause empfängst und für den du das Schönste und Beste bereithältst.

2. Streite nie mit mir, sonst machst du dich mir unsympathisch. Ich will Freude beim Einkauf haben und mit meinem Einkauf auch Freude bereiten. Ich bin nicht zu dir gekommen, um mich über dich zu ärgern.

3. Zeige dich mir so gefällig, wie du es nur kannst. Wenn ich sehe, dass du dir beim Bedienen Mühe gibst, bin ich dir verpflichtet, und ein grösserer Einkauf wird mein Dank sein.

Sei verbindlich in allem, was du sprichst, und lass meinen Geschmack und meine Wünsche dir massgebend sein, denn nicht du, sondern ich bin der Käufer.

5. Bemühe dich vor allem, mein Vertrauen zu gewinnen. Je mehr ich dir vertraue und je mehr ich aus der Art, mich zu bedienen, erkenne, dass ich es mit einem Fachmann zu tun habe, um so sorgloser werde ich beim Einkauf sein, weil ich ja in dir einen guten Berater habe.

6. Meine Zuneigung gewinnst du vor allem auch durch gute Manieren. Ich erkenne das auch daran, wie du dich zu deinen Kollegen stellst. Sollte dir deine Freundlichkeit, die du mir zeigst, nur einstudiert sein, und sollte ich es während der Anwesenheit im Geschäfte feststellen, dass du zu deinen Mitarbeitern unfreundlich oder anmassend bist, würde meine Achtung und mein Respekt vor dir in das Gegenteil umkehren.

7. Der Kontakt zwischen dir und mir wird um so stärker werden, je mehr ich dein Interesse für meine Person feststelle. Präge dir daher ganz genau mein Gesicht und — solltest du ihn erfahren — meinen Namen ein, damit du mich beim zweiten Einkauf sofort wiedererkennst und mich dann so behandeln kannst wie beim erstenmal.

8. Jede Ware, die du mir vorlegst, muss ansehnlich und gepflegt sein, wenn ich sie kaufen soll. Was meinen Augen nicht gefällt, kaufe ich nicht. Jede weitere Empfehlung solcher Dinge wäre mir durchaus unsympathisch. Du wirst es an meinem Einkauf erkennen, dass ich nicht zum erstenmal in einem Laden stehe.

9. Auch du selbst musst meinen Augen gefallen, wenn die Empfehlung deiner Waren bei mir Eindruck machen soll. Dein Verständnis für die Pflege meiner eigenen Person, um die sich ja in der Regel mein Einkauf dreht, beurteile ich ganz und gar nach deiner Erscheinung. Ich kann nur das glauben und als massgeblich ansehen, was ich bei dir bestätigt finde.

10. Und nun, es ist nicht nur deine Kleidung, dein Benehmen, auch deine ganze Erscheinung, wie sie mir deinen gepflegten Körper und deine Gesundheit zeigt, dass ich mich zu dir hingezogen fühle. Wenn alles das, was ich dir sagte, zusammentrifft, nun, dann danke ich dir schon im voraus für deinen freundlichen Gruss. Es ist besonders dann angebracht, wenn wir uns beide verstanden haben, du, der Verkäufer, ich, der Kunde!

Kreiskonferenzen

Frühjahrsversammlung des Kreises I am 30. April in Nyon. Der Kreispräsident Henry Duaime begrüsste um 10 Uhr im Gemeinderatssaal neben 76 Delegierten von 36 Vereinen Herrn M. Maire, Mitglied der Verwaltungskommission des V. S. K., die Herren Suter und Durand, Mitglieder des Aufsichtsrates, und Herrn Ganière vom Kreis II. Im Namen des Kreisvorstandes macht der Präsident folgende Mitteilungen:

a) In Zukunft werden die Vereine in der Höhe ihres Jahresbeitrages bei der Genossenschaftlichen Zentralbank in Basel belastet;
b) die Frage der Propaganda in der Tagespresse wird einer Kommission von 5 Mitgliedern zum Studium überwiesen;
c) die gleiche Kommission hat die Organisation eines Verkäuferinnenkurses, der an einem zentral gelegenen Orte des Kreises stattfinden würde, zu prüfen;
d) die HH. Tannaz und Avanthey werden zum 25-jährigen Jubiläum der Gründung der Genossenschaft in Bex delegiert.

In seinen klaren und prägnanten Ausführungen behandelt Herr M. Maire den Jahresbericht. Er geht dabei u. a. auf die Gründe ein, die die Verwaltungskommission veranlasst haben, nicht zu den Fragen des Lohnabbaues beim Bundespersonal, der Krisensteuer, der Erhöhung des Kaffee- und Teezolles Stellung zu nehmen. Er betont, dass sich die Verwaltungskommission bei der Behandlung der Zollerhöhung von den höheren Interessen des Landes leiten liess und macht darauf aufmerksam, dass der Genfer Verein die Initiative zur Gründung einer Vereinigung zur Verteidigung der Interessen der Konsumenten, die ihren Sitz in Bern hat, ergriffen hat. Die Vereine, die die Gesichtspunkte der Genfer Genossenschaft teilen, können sich direkt an die genannte Vereinigung wenden. Was die beiden ersteren Fragen anbelangt — den Lohnabbau und die Krisensteuer — so bestehen bereits Organisationen, die die Sache der Angestellten und Beamten in die Hände genommen haben. Die Interessierten können sich an diese Organisationen wenden.

In der Diskussion wird jedoch die Stellungnahme des Verbandes zu dieser Frage bedauert, auf der andern Seite jedoch auch die Neutralitätspolitik des Verbandes verteidigt. Ein weiterer Diskussionsredner wünscht, dass die Vereine, die von den Gratisferienwochen des Verbandes keinen Gebrauch gemacht haben, veröffentlicht werden. Zum Schlusse werden Jahresrechnung und Bericht des Verbandes einstimmig angenommen.

Die Herbstversammlung wird auf Einladung hin von Martigny übernommen.

Frau Perrier bringt Grüsse vom Konsumgenossenschaftlichen Frauenbund und macht einige Mitteilungen über die Tätigkeit der Frauenkommission in Genf.

Nachdem Herr Livet, Präsident der Genossenschaft in Nyon, während des darauffolgenden Mittagessens einige interessante Ausführungen über den Verein in Nyon und über den Ort selbst gemacht hatte, ergreift Herr Wiesmann in der Nachmittagssitzung das Wort zu einem Vortrag über die Volksfürsorge. Er betont u. a., dass die zahlenmässigen Ergebnisse für eine Betriebsdauer von 14 Jahren ungenügend sind. Die Versicherungsbedingungen bei der Volksfürsorge sind sehr vorteilhaft. Die Prämien sind durchschnittlich 4—5 % niedriger als bei der Konkurrenz. Zum Schluss fordert Herr Wiesmann die anwesenden Delegierten auf, die Volksfürsorge nach Möglichkeit zu unterstützen, indem sie ihre Bemühungen für die Erhaltung guter Agenten und die Entwicklung dieser Versicherungsgenossenschaft fördern. Die klaren und überzeugenden Ausführungen von Herrn Wiesmann wurden mit grosser Aufmerksamkeit angehört. Dieses interessante Referat brachte eine ausgefüllte und mit dem grössten Interesse verfolgte Tagung zum Abschluss.

Frühjahrsversammlung des Kreises II in Couvet am 17. Mai 1933. Zu Beginn der Sitzung konnte der Kreispräsident ausser den 82 Delegierten von 23 Vereinen die Herren M. Maire, Mitglied der Verwaltungskommission des V.S.K., Kradolfer, F. Maire, Steudler, Jung, Wiesmann, Lassueur, Verwalter der K. G. in Orbe und Delegierter des Kreisverbandes I, und Frau Gruet von La Chaux-de-Fonds, Delegierte des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes, aufs herzlichste willkommen heissen.

Herr M. Maire behandelte in gut einer Stunde Bericht und Jahresrechnung des Verbandes über das Jahr 1932. Die meisterhaften Ausführungen des Referenten wurden oft durch laute Zustimmung unterstützt. In der Diskussion wird der Wunsch ausgesprochen, dass den Vereinen, die sich mit andern fusionierten, die gleiche Zahl von Freiplätzen in den Ferienheimen zugesprochen wird, wie sie vor der Fusion innehatten. Auch wollte man eine Revision der Grundlage, durch die die Zahl der Gratisferiengäste für die einzelnen Vereine bestimmt werden. Ein weiterer Diskussionsredner wünschte, dass die Pensionspreise den Portemonnaies der Genossenschafter besser angepasst würden.

Ein Vertreter von La Chaux-de-Fonds bringt seine Zufriedenheit über die sofortige Intervention der Verwaltungskommission zu den Motionen Joss und Amstalden und die Publikation der Massnahmen der Mittelständler gegen den Genossenschaftshandel in unsern Volksblättern zum Ausdruck. Er befürwortet, dass der Verband mehr von sich aus die Einrichtung der Schaufenster übernehme, da das Verkaufspersonal oft weder Zeit noch die Fähigkeit dazu hat. Ein weiterer Votant dankt der Verwaltungskommission für die Ernennung eines Redaktors für «La Coopération» und verlangt, dass der Verband z. B. die Produktion von Gummiwaren aufnehme; er beklagt sich, dass die Musterkollektionen für Stoffe zu selten versandt werden: denn gerade sie könnten viel zu vermehrtem Verkaufe von Stoffen beitragen. Zum Schluss beanstandet ein Diskussionsredner die Plakate und die Illustration der Blätter. Er betont die immer grösser werdende Bedeutung schöner Plakate und Illustrationen und schlägt die Bildung einer Kommission von Fachleuten vor.

In der Nachmittagssitzung spricht Herr Wiesmann über «die Lebensversicherung im allgemeinen und ihre Verbindung mit der Rückvergütung im besonderen». Der Redner ruft alle zu ernster Mitarbeit auf und bittet um Angabe von Versicherungsagenten. In der Diskussion wird gewünscht, dass die Direktion der Volksfürsorge den Vereinen provisorisch Musterprämien zum Studium für den Abschluss von

Kollektivversicherungen zur Verfügung stellt. Auch sei die Propaganda in der Presse ungenügend. In einem andern Votum wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass man auf die Mitwirkung der Vereine nicht zählen sollte, da sie mit andern Fragen beschäftigt seien, und dass sich die Volksfürsorge wie ihre Konkurrenz organisieren sollte. Ein Vertreter von La Chaux-de-Fonds bringt folgende Resolution zur Abstimmung, die einmütig angenommen wird: «Der Kreisverband II des Verbandes fordert den Verwaltungsrat und die Direktion der Schweiz. Volksfürsorge auf, in den anderen Kreisverbänden die gleiche Propaganda wie im Kreis II zu entfalten.»

In der Folge referiert Herr Stauffer über die Frage der Erhöhung des Kaffee- und Teezolles. Er erinnert an die folgende Resolution: «Der Kreisverband II, versammelt in Neuchâtel am 22. Februar 1930, billigt im grossen und ganzen die Haltung des V. S. K. in bezug auf die Verteidigung der Konsumenteninteressen und ist der Meinung, dass die gegenwärtigen Zölle für die schweizerische Landwirtschaft einen genügenden Schutz bedeuten und dass jegliche weitere Erhöhung dieser Zölle für die Masse der Konsumenten eine unerträgliche Belastung darstellen würde. Sie bittet deshalb den Verband als Zentralorganisation der schweizerischen Genossenschaftsbewegung, sich jedem weiteren Versuch der Erhöhung der Zölle energisch zu widersetzen.» Heute, fährt M. Stauffer fort, ist man noch weiter gegangen, man hat sehr wichtige Lebensmittel besteuert, die mit der Wahrung der Interessen der landwirtschaftlichen Produzenten nichts zu tun haben, da die Schweiz ja weder Kaffee noch Tee anpflanzt. In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass es sich hier um eine ausschliesslich wirtschaftliche Frage handelt. Auf der andern Seite jedoch wird der ausschliesslich politische Charakter dieser Frage betont.

Herr M. Maire bringt seine Genugtuung zum Ausdruck, dass diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Er betont, dass, wenn man den Behörden für die grossen Krisenausgaben nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, nichts anderes als Inflation übrig bleibe. In Anbetracht, dass es sich durch Erhöhung der Zölle pro Familie nur um eine Mehrausgabe von Fr. 4.— bis 6.— handle, und zur Ermöglichung der weiteren Krisenmassnahmen soll man nicht so eng sein. Der Verband glaubt, dass er mit Recht sich geweigert hat, hiezu Stellung zu nehmen. Er hat die höheren Interessen des Landes gewahrt. Zum Schlusse verteidigt Hr. Maire den Gesichtspunkt des Verbandes, der die Intervention anderen Organisationen überlässt und unseren Vereinen und ihren Mitgliedern die Meinungsfreiheit erhaltet.

Auch der Präsident glaubt, dass heute angesichts der zahlreichen Angriffe gegen die Genossenschaftsbewegung Einigkeit mehr als je notwendig sei. Zum Schluss wird die Empfehlung von Herrn Maire, nicht Stellung zu nehmen, mit 35 gegen 11 Stimmen angenommen. Als letztes Traktandum werden die Motionen Joss und Amstalden kurz behandelt. Der Kreis II empfiehlt den Verbandsorganen, in der Verteidigung der Genossenschaftsbewegung eine energische Haltung einzunehmen.

Schluss der Verhandlungen 16.50 Uhr.

Frühjahrskonferenz des Kreises IXb des V. S. K. (Graubünden). Recht zahlreich war die Zahl der Delegierten, die Sonntag, den 14. Mai, aus allen Tälern unseres Kantons in Sils i. D. zur Frühjahrskonferenz zusammentrafen. Das Wetter war zwar am frühen Morgen nicht gerade einladend, hielt sich dann aber noch gut, sodass die Blütenpracht des Domleschges doch noch bewundert werden konnte. Infolge der teilweise schlechten Zugsverbindungen konnte der Beginn erst auf 11½ Uhr angesetzt werden. Die Verhandlungen wurden dann auch pünktlich aufgenommen. Der Vorsitzende, Herr G. Schwarz, begrüsst die Vertreter des V. S. K., des Konsumgen. Frauenbundes der Schweiz, sowie der Vereine.

Die Präsenzliste stellte die Anwesenheit von 45 Delegierten fest, die 19 Vereine vertraten. Als Stimmenzähler werden Nutt-Chur und Lang-Ems bestimmt. Nach Genehmigung des Protokolls der Herbstkonferenz in Landquart wird der Jahresbericht des Kreispräsidenten verlesen und gutgeheissen. Leider steht der Verein Felsberg trotz Mahnungen und Versprechungen der Revision durch die Treuhandabteilung heute noch fern. Das Lehrlingspatronat prüfte im Laufe des Jahres zwei Lehrtöchter des Konsumvereins Davos, welche die Prüfung mit gutem Erfolg bestanden haben. Viel Arbeit verursachte dem Kreisausschuss die Regelung des Sparkassenwesens in den Konsumvereinen des Bündnerlandes. Die Regierung hat seinerzeit neue erschwerte Bestimmungen erlassen für die Sicherheit der Spargelder. Es ist dann ein Weg gefunden worden, der es unsern Vereinen ermöglicht, sich den erschwerten Bedingungen anzupassen.

Die vom Kassier vorgelegte Rechnung weist ein Vermögen von Fr. 3119.70 am Ende des Rechnungsjahres auf. Der Vorschlag beträgt Fr. 447.30. Für das laufende Jahr wird der Jahresbeitrag bei 15 Rp. auf 1000 Franken Umsatz belassen. Die Wahlen fielen in bestätigendem Sinne aus. Präsident des Kreises bleibt Herr G. Schwarz. An Stelle des demissionierenden Luzi Jenaz wird Willi Schiers neu in den Vorstand gewählt. Als Rechnungsrevisoren beliebten die Vereine Klosters und Tamins.

Ueber den Jahresbericht und die Rechnung des V. S. K. referiert Herr E. O. Zellweger, Mitglied der Verwaltungskommission. In längeren Ausführungen äussert er sich zur wirtschaftlichen Lage. Die Schweiz als ausgesprochenes Exportland leidet stark unter den erschwerenden Massnahmen der verschiedenen Länder. Jeder Staat verriegelt seine Grenzen, um der Einfuhr fremder Erzeugnisse zu steuern. Auch in der Schweiz soll durch Einfuhrbeschränkungen, Kontingentierungen sowie Einfuhrverbote die Arbeitslosigkeit gemildert und der Inlandproduktion zum Absatz verholfen werden. V. S. K. und Vereine können immerhin auf eine befriedigende Entwicklung im Jahre 1932 zurückblicken.

In der Stellungnahme zu wirtschaftlichen Fragen stützt sich der V. S. K. auf die Beschlüsse der Delegiertenversammlng in Interlaken. Zur Behandlung der Fragen betreffend Lohnabbau, Krisensteuer, Kaffee und Teezoll bestehen besondere Organisationen.

Der Revisionspflicht haben sich mit wenigen Ausnahmen alle Vereine unterzogen. Auch hinsichtlich Warenbezug bei der Zentralstelle ist eine weitere Besserung eingetreten.

Der V. S. K. ist bestrebt, die Verwertung der Inlandprodukte kräftig zu unterstützen. Der Referent kommt auch auf die Bewegung in Deutschland und die in der Schweiz unternommenen Versuche zur Einschränkung der Gewerbefreiheit zu sprechen.

In der Diskussion bestreitet Gisler-Chur, dass der V. S. K. keine Mittel besitze, dem allgemeinen Lohnabbau entgegenzutreten, wie dies im Jahresberichte des V. S. K. steht. Es handle sich hier um eine Frage, der der V. S. K. nicht interesselos gegenüberstehen sollte. Dann bringt er neuerdings den Wunsch an, der V. S. K. solle den Alkoholverkauf (Weinverkauf) nicht forcieren.

Hegglin-Chur äussert sich des längeren zur Lohnabbaufrage. Es liege im Interesse der Konsumvereine, den Lohnabbau abzulehnen.

In seinem Schlusswort weist der Referent darauf hin, dass der V. S. K. bei der Weinvermittlung dem Wunsche der Mitglieder nachleben müsse. Die beiden Voten der Diskussionsredner betrachtet er als Propagandareden gegen den Lohnabbau. Dem V. S. K. war es nicht möglich, gegen den allgemeinen Lohnabbau in der Privatwirtschaft Stellung zu nehmen; deshalb scheint es den Behörden auch nicht angängig, vom Standpunkt der Gleichberechtigung aus, sich lediglich zugunsten einer bestimmten Mitgliederkategorie einzusetzen.

Dann werden Rechnung und Bericht in zustimmendem Sinne entgegengenommen.

Unser Kreis hält an einer Vertretung im Aufsichtsrate fest und wird der Delegiertenversammlung in Lugano unsern bisherigen Vertreter Herrn G. Schwarz zur Wiederwahl empfehlen.

Die Mittagsstunde ist schon längst überschritten, und es wäre Zeit gewesen, das Mittagessen einzunehmen; die Versammlung wünscht jedoch, die Verhandlungen vorher abzuschliessen. Aus diesem Grunde referiert Herr E. O. Zellweger in aller Kürze über das Traktandum «Die Lebensversicherungen im allgemeinen und im besonderen mit Hilfe der Rückvergütung». Es ist unnötig, seine Ausführungen hier wiederzugeben, da ja Berichte früherer Konferenzen darüber schon Mitteilungen gemacht haben.

Als Konferenzort für die Herbstversammlung wird Davos bestimmt. Unter «Allfälligem» macht Planta-Zernez darauf aufmerksam, dass im Engadin bezüglich Butterverkauf unhaltbare Zustände existieren. Vom Livignotal her kommt viel italienische Butter, die zu viel niedrigeren Preisen verkauft werden kann als die Butter, die der reguläre Handel von der «Butyra» beziehen muss.

Nach einem Dank des Präsidenten für das lange Ausharren konnte die Versammlung vor 2 Uhr geschlossen werden.

Man blieb noch zum gemeinschaftlichen Mittagessen. Das süsse Dessert wurde in zuvorkommender Weise vom Konsumverein Sils i. D. gestiftet. Alsdann verzogen sich die Delegierten nach den verschiedenen Himmelsrichtungen. Manch einer hat wohl das billige achtfränkige Billet der Rhätischen Bahn ausnützen wollen, das an diesem Tage zu beliebiger Fahrt auf dem Netz der Rhätischen Bahn berechtigte.

Bau- und Wohngenossenschaften

Die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich im Jahre 1932. Im Berichtsjahre sind wiederum zwei grosse Baugruppen bezugsfertig geworden. Sie umfassen zusammen 199 Wohnungen und 3 Ladenlokale. Damit sind 320 Ein- und Mehrfamilienhäuser mit 1471 Wohnungen und 49 anderen Lokalitäten wie Läden, Garagen, Magazinen Eigentum der A. B. Z. Von den vereinnahmten Mietzinsen von rund 1,868,000 Franken sind auf Ende des Jahres wieder 43,000 Franken als Rückvergütung den Mietern zurückbezahlt worden.

Die Bilanz mit einer Gesamtsumme von 29,554,000 Franken weist u. a. folgende Posten auf: Aktiven: Liegenschaften Fr. 27,138,000; Neubautenkonto Fr. 1,352,000; Debitoren Fr. 179,000; Schuldbriefe auf eigene Liegenschaften Fr. 339,000; Staats-, Kommunal- und Bankobligationen und Anteilscheine Fr. 249,000. Passiven: Anteilscheinkapital Fr. 1,013,000; Hypotheken 22,434,000; Baukredit Fr. 1,594,000; Mitgliedergelder (Darlehen und Depositen) Fr. 2,026,000; Fonds Fr. 354,000. Die A. B. Z. ist auch im Jahre 1932 grösser und stärker geworden. Möge sie sich auch im neuen Jahre in der gleichen Richtung weiterentwickeln.

Verein schweiz. Konsumverwalter

Arbeitsgemeinschaft sämtlicher dem V. S. K. angeschlossener Konsumgenossenschaften mit Spezialläden.

Es geht hiermit die Einladung an sämtliche Vereine zur Teilnahme an einer

Konferenz,

stattfindend Montag, den 3. Juli 1933, morgens 9¼ Uhr, in Solothurn, Zunft z. Wirten, Hauptgasse.

Geschäfte:

1. Referat des Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft über die Resultate der drei Umfragen, nämlich:
   a) über Lagerumschlag, Abschreibungen und Rentabilität in den Spezialabteilungen in den Jahren 1931/32,
   b) Durchführung von Verkäuferinnen - Schulung (eintägige Verkäuferinnenkurse),
   c) über den verkaufsfördernden Nutzen der von den Spezialabteilungen des V. S. K. herausgegebenen Prospekte.
2. Orientierende Referate der Herren Hunzinger, Siebenmann und Villiger über Markt- und Preislage der einschlägigen Branchen.
3. Festsetzung der Beiträge.
4. Besichtigung des Kaufhauses der Konsumgenossenschaft Solothurn.

Geschätzte Mitglieder!

Die Verarbeitung der eingegangenen Fragebogen, speziell der Umfrage 1, hat sehr interessantes Material zutage gefördert. Es ist sehr notwendig, dass alle Vereine zu diesen Resultaten Stellung nehmen, damit die notwendigen Lehren und Konsequenzen überall gezogen werden können.

Wir erwarten gerne, dass jeder Verein sich durch einen Delegierten am 3. Juli vertreten lässt.

Mit genossenschaftlichem Gruss

Für die Arbeitsgemeinschaft:
Der Präsident:
Rudin.

Zürich, den 3. Juni 1933.

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft sämtlicher dem V. S. K. angeschlossener Konsumgenossenschaften mit Spezialläden.

1. **Verkäuferinnen-Schulung.** Die Befragung der Vereine hat ergeben, dass zur Zeit eintägige Verkäuferinnenkurse vorgezogen werden. Die nachträglich angeregte und versuchte Durchführung eines 5-tägigen Kurses vom 7. bis 11. September im Genossenschaftlichen Seminar ist leider nicht zustande gekommen, indem nur wenige Vereine für längere Zeit das Verkaufspersonal entbehren können. Für die eintägigen Kurse haben sich eine grössere Anzahl Vereine mit 45 Schuhwarenverkäuferinnen und 41 Manufakturwarenverkäuferinnen angemeldet. Die Kurse finden nun an nachfolgenden Tagen und Orten statt:

Montag, 12. Juni	Solothurn	Manufakturwaren
Dienstag, 13. Juni	Solothurn	Schuhwaren
Dienstag, 20. Juni	Zürich	Manufakturwaren
Montag, 26. Juni	Bern	Schuhwaren
Dienstag, 27. Juni	Bern	Manufakturwaren
Dienstag, 27. Juni	Zürich	Schuhwaren
Dienstag, 4. Juli	Yverdon	Schuhwaren

Die Beteiligung an den betreffenden Kursen darf gemäss den vorliegenden Anmeldungen wie folgt angenommen werden:

In Solothurn	Schuhwaren 12	Manufakturwaren 14
In Zürich	Schuhwaren 22	Manufakturwaren 22
In Bern	Schuhwaren 10	Manufakturwaren 7

2. **Als neue Mitglieder** haben sich der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen:

Konsumverein Grabs,
Lebensmittelverein Romanshorn,
Société coop. de consommation «La Ménagère», Vevey.

3. **Die Buchdruckerei des Verbandes schweiz. Konsumvereine** wird in Verbindung mit der Abteilung Manufakturwaren und der Schuh-Coop einen neuen Klischeekatalog vorbereiten, ergänzt durch moderne Klischees des A. C. V. beider Basel und des Lebensmittelvereins Zürich usw. Vereine, welche ebenfalls moderne, zügige Klischees zur Verfügung zu stellen haben, sind gebeten, solche an die Buchdruckerei des V. S. K. zu senden. Der neue Klischeekatalog soll ergänzt werden durch Inseratentwürfe für Manufakturwaren. Es hat sich gezeigt, dass für Manufakturwaren, zum Teil auch für Schuhwaren, der zur Verfügung stehende Raum im lokalen Teil des «Genossenschaftlichen Volksblattes» viel zu wenig benützt wird.

4. **Ein neuer illustrierter Prospekt** soll von der Schuh-Coop in Basel im kommenden Herbst rechtzeitig herausgegeben werden.

Genossenschafts-Chronik

Internationaler Genossenschaftsbund. Da der Zentralverband deutscher Konsumvereine nicht mehr länger in der Lage ist, die deutsche Ausgabe der «Internationalen genossenschaftlichen Rundschau» zu drucken, hat der Verband schweiz. Konsumvereine eingewilligt, die deutsche Ausgabe namens des Bundes zu übernehmen.

Deutschland. Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1932. Auf der Generalversammlung der Gesellschaft, die am 3. Mai in Hamburg stattfand, wurde bekanntgegeben, dass der Umsatz im Jahre 1932 auf 7,689,880 RM. zurückging im Vergleich mit etwa 13 Millionen RM. im Vorjahre; dies war darauf zurückzuführen, dass die Druckerei der Gesellschaft von der Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine übernommen wurde. Die Auflage der «Konsumgen. Rundschau» ist von 31,809 in 1931 auf 26,512 in 1932 zurückgegangen, und diejenige des «Volksblattes» sank von 1,401,705 auf 980,494.

— Für 119 Millionen Mark deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse. Laut Jahresbericht der G. E. G., Hamburg, betrug der Umsatz dieser konsumgenossenschaftlichen Grosseinkaufsgesellschaft an deutschen Erzeugnissen landwirtschaftlichen Ursprungs im Jahre 1932 rund 119 Millionen Mark.

Frankreich. Der Genossenschaftsverband von Lorraine, die grösste Konsumgenossenschaft Frankreichs, hat ausgezeichnete Fortschritte im Jahre 1932 zu verzeichnen. Der Umsatz betrug 254 Millionen Frs. im Vergleich mit 244 Millionen Frs. in 1931. Die umgesetzte Warenmenge wuchs um 16% und die Zahl der Läden um 39 auf insgesamt 689, und der Reinüberschuss erhöhte sich von 9,097,905 Frs. auf 10,878,743 Frs. Die Mitgliedschaft wuchs um 9546 auf 121,660, das einbezahlte Kapital betrug 17,664,801 Frs., eine Zunahme von über einer Million Frs. Die Genossenschaft vermehrte ihren Rückvergütungssatz auf 2.60 Frs.

Grossbritannien. Erster genossenschaftlicher Theaterspielplan. Das erste Genossenschaftstheater in Grossbritannien ist von der Bezirksgenossenschaft von Guildford in Surrey gegründet worden, die ein Ortstheater übernommen hat, um es nach eigenen Plänen zu betreiben. Ein erfahrener Regisseur und Leiter ist bereits ernannt worden, und die neue Truppe für den Spielplan wird soeben gebildet. Das Theater wird seine erste Saison im Oktober beginnen. Stücke von Galsworthy, Drinkwater und Bernard Shaw sollen aufgeführt werden. Die Guildford-Genossenschaft hat 16,000 Mitglieder, und mit deren Unterstützung sowie derjenigen des Publikums der Stadt hofft man, dass das Theater erfolgreich arbeiten wird.

Tschechoslowakei. Niedrigere Genossenschaftspreise. In der Märznummer des «Statisticky Obzor» (Revue für statistische Theorie und Praxis) wurden die Ergebnisse einer Untersuchung über die Kleinhandelspreise veröffentlicht, welche vor kurzem vom statistischen Staatsamt in 35 Städten unter Einbeziehung von 101 Genossenschaften durchgeführt wurde. Diese Umfrage ergab, dass die allgemeine Preisgrenze in den genossenschaftlichen Abgabestellen in der ganzen Tschechoslowakei 5,1% niedriger ist als bei privaten Einzelhandelskonzernen, während die Preise für gewisse Warengattungen 8 bis 22% billiger sind, wenn man sie in den Genossenschaftsläden kauft. Auch ergab die Erhebung, dass der typische Wocheneinkauf von 144.77 Kronen in privaten Einzelläden für 130.90 Kronen in den genossenschaftlichen Abgabestellen getätigt werden könne, was einen Preisunterschied zugunsten der Genossenschaften von 10% ergibt.

Verbandsnachrichten

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 2. und 6. Juni 1933.

1. Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 18. und 19. Juni 1932 in Interlaken ist nunmehr in französischer Sprache erschienen und ist jedem Verbandsverein der französischen und italienischen Schweiz in einem Exemplar zugestellt worden. Diejenigen Vereine, die das Protokoll nicht erhalten haben sollten, werden ersucht, dies umgehend der Verwaltungskommission zu melden.

2. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind von den Coopératives Réunies in La Chaux-de-Fonds Fr. 400.— überwiesen worden, die anmit bestens verdankt werden.

---

1. Die Allg. Konsumgenossenschaft St. Gallen teilt mit, dass sie auf 1. Juli 1933 ihr Bureau in die **Seitzstrasse 13 St. Gallen C in das Haus zum «Zyllihof»** verlegt.

2. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind folgende Zuwendungen gemacht worden:

Fr. 50.— Allg. Konsumgenossenschaft Bassersdorf,
» 100.— Konsumverein Steckborn,
» 150.— Konsumverein Gränichen (Aargau),
» 310.— Wiener Künstlertruppe der CO-OP-Revue.

Diese Vergabungen werden bestens verdankt.

Internationaler Genossenschaftstag

Samstag, 1. Juli 1933

Die leitenden Organe des Internationalen Genossenschaftsbundes haben beschlossen, den Internationalen Genossenschaftstag auch dieses Jahr wieder zu feiern, und zwar am 1. Juli 1933. Wenn auch die Verhältnisse bezüglich der internationalen Beziehungen heute nicht als sehr günstig bezeichnet werden können, hält die Verwaltungskommission doch daran, diesen Tag zu begehen, da, trotz der gegenwärtigen politischen Verhältnisse, der Gedanke der genossenschaftlichen Selbsthilfe in allen Ländern auch weiterhin Fortschritte machen wird.

Wir erachten den Internationalen Genossenschaftstag dazu geeignet, wirksame Propaganda für die Konsumvereinsbewegung zu entfalten und die Werbearbeit, die im verflossenen Monat Februar während unserer Werbewoche vollbracht wurde, fortzusetzen. Der Internationale Genossenschaftstag soll insbesondere dazu dienen, der breiten Oeffentlichkeit vor Augen zu führen, dass die Genossenschaftsbewegung eine Volksbewegung ist, die sich nicht in den Dienst einzelner Klassen oder Gruppen stellt, sondern im Interesse des Volksganzen zu wirken bestrebt ist.

Die Verwaltungskommission empfiehlt deshalb den Verbandsvereinen, den Internationalen Genossenschaftstag wiederum für eine wirkungsvolle Propaganda für die Konsumgenossenschaftsbewegung zu benützen. Der V. S. K. ist wiederum bereit, die Vereine in verschiedener Beziehung zu unterstützen.

I. Aufgaben des V. S. K.:

1. Der V. S. K. hält den Verbandsvereinen, solange vorrätig, zur Verfügung:
a) Werbeplakat für die CO-OP-Artikel (Verkäuferin mit CO-OP-Artikeln). Format 90,5×128 cm.
b) Farbiges Kinder-Bilderbuch «CO-OP-Negerlein» (Propagandabroschüre mit Versen für CO-OP-Artikel).

2. Die Buchdruckerei besorgt die Herstellung von geeigneten **Flugblättern**, verfasst vom II. Departement, zur Verteilung an die Bevölkerung.

3. Die Buchdruckerei liefert den Verbandsvereinen gefällig ausgefertigte **Sentenzplakate**, soweit der bezügliche Vorrat noch reicht.

4. Die **genossenschaftliche Presse** («Genossenschaftliches Volksblatt», «La Coopération», «La Cooperazione») des V. S. K. erscheint auf den Internationalen Genossenschaftstag hin in besonderer Aufmachung.

Den Verbandsvereinen wird empfohlen, auf den Internationalen Genossenschaftstag hin eine grössere Anzahl Blätter zu beziehen zur Abgabe auch an diejenigen Bevölkerungskreise, die für die Mitgliedschaft noch gewonnen werden sollen. Vereine, die auf die genossenschaftliche Presse nicht abonniert sind, werden gut tun, auf den Internationalen Genossenschaftstag hin eine Propaganda-Nummer zur Verteilung zu bringen. Die Abteilung Administration der Verbandsblätter ist gerne bereit, den Vereinen auf Wunsch mit genaueren Angaben zu dienen.

Das II. Departement für Propaganda, Rechts- und Bildungswesen wird mit der Abfassung von Flugblättern sowie der Festnummern der Verbandspresse, ferner mit der Uebermittlung geeigneter Einsendungen an die Tagesblätter aller politischen Richtungen beauftragt.

5. Die Abteilung Buchhandlung liefert den Vereinen gute **genossenschaftliche Literatur** für den Verkauf an die Mitgliedschaft. Der Internationale Genossenschaftstag sollte von den Vereinen benützt werden, die vielseitige und wertvolle Aufklärungsliteratur über das Genossenschaftswesen in vermehrtem Masse bei der Bevölkerung einzuführen.

6. Vereinen, die an ihrem Orte über Kinematographen sowie über geeignetes Vorführungspersonal verfügen, können **Filme** aus unserer reichhaltigen Kollektion über in- und ausländische Genossenschaftsbetriebe zur Verfügung gestellt werden. Bezügliche Anfragen sind zu richten an Herrn Paul Altheer, Brieffach Fraumünster, Zürich.

7. Die Abteilung Mercerieewaren des V. S. K. liefert den Verbandsvereinen silberne **Verbandsabzeichen** mit der Verbandsmarke «Viribus unitis», die wegen ihrer sorgfältigen und gefälligen Ausführung sich auch als Brosche für die Frauen eignet. Preis Fr. 1.50 pro Brosche.

Empfehlenswert ist auch der Vertrieb des emaillierten Abzeichens des Internationalen Genossenschaftsbundes, das in gefälliger Form das Wappen des Internationalen Genossenschaftsbundes, die Regenbogenfarben, wiedergibt und als Steck- oder Krawattennadel getragen werden kann. Der Abgabepreis der Abteilung Mercerieewaren beträgt 60 Cts.

8. Die Abteilung Manufakturwaren empfiehlt sich für die Lieferung von **Fahnen** und **Flaggen**, insbesondere von solchen ausgeführt in den Farben des Internationalen Genossenschaftsbundes.

9. Das Departement für Warenvermittlung ist bereit, auf Verlangen der Vereine besondere **Geschenkpakete** zusammenzustellen, die verschiedene Warenartikel in der kuranten Mindestgewichtsverpackung enthalten und, je nach Zusammensetzung, zum Preise von Fr. 1.50, 2.— und mehr, per Paket, abgegeben werden können.

II. Aufgaben der Vereine:

1. Jeder Verein soll sich bestreben, den Internationalen Genossenschaftstag in seinem Wirtschaftsgebiet in würdiger und die Sache fördernder Weise zu begehen.

2. Zu diesem Zwecke sollen öffentliche **Versammlungen, Zusammenkünfte und Unterhaltungen** mit Musik oder Gesang nebst Ansprachen in Aussicht genommen werden, um die Mitglieder und weitere Bevölkerungskreise über Zweck, Nutzen und Ziel der Genossenschaftsbewegung aufzuklären und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder zu stärken.

3. Vereine, die besondere **Referenten** für ihre Versammlungen zu erhalten wünschen, belieben sich vorerst in ihrem eigenen Kreise für geeignete Personen umzusehen und sich eventuell mit dem Vorstande des Kreisverbandes des V. S. K., in dessen Tätigkeitsgebiet der Verein liegt, betreffend eines Referenten ins Einvernehmen zu setzen.

Auch der V. S. K. ist bereit, soweit möglich, Referenten zur Verfügung zu stellen; dagegen ist die Zahl der in Betracht kommenden Personen sehr beschränkt, so dass sofortige Anmeldung notwendig ist.

4. **Vereinslokalitäten** und **Verkaufslokale** sollen innen und aussen geschmackvoll **dekoriert** und **beflaggt** werden, damit die Mitgliedschaft und die weitere Bevölkerung auf die besondere Bedeutung des Tages aufmerksam gemacht wird.

5. Die vom V. S. K. gelieferten **Sentenzen** sollen an richtiger Stelle angebracht, sowie die von der Buchdruckerei gelieferten **Flugblätter und Genossenschaftlichen Volksblätter** durch Kinder und weitere bereitwillige Personen unter die Bevölkerung verteilt werden.

6. Die Vereinsverwaltungen sollen darauf Bedacht nehmen, an diesem Tage den Verkauf der **genossenschaftlichen Literatur** möglichst zu fördern.

7. Mitglieder der Vorstände, der Verwaltungsräte, der Genossenschaftsräte und der Frauenkommissionen sowie weitere geeignete Mitglieder sollten eine rege **Agitation durch Hausbesuch** entfalten, um die Mitglieder zu vermehrtem Warenbezuge und treuerer Unterstützung der Vereine anzuhalten, sowie um Aussenstehende als neue Mitglieder zu gewinnen.

8. Die **vierte Seite** des «Genossenschaftlichen Volksblattes» ist dem Zweck des Tages entsprechend zu redigieren.

9. Eventuell ist auch die Durchführung von **Umzügen** durch die Strassen mit Fuhrwerken zu empfehlen, unter geeigneter Darstellung der Warenvermittlung und der Warenherstellung; eventuell unter Beteiligung von Kindergruppen.

10. Sofern das Wetter es gestattet, kann auch ein **Volksfest oder ein Jugendfest** in geeigneter Weise im Freien abgehalten werden.

11. Als wirkungsvolle Propaganda am Internationalen Genossenschaftstag ist die Durchführung einer gefällig angeordneten Ausstellung der vom Verein vermittelten Waren zu bezeichnen. Mit dieser Ausstellung können Degustationen verbunden werden, wobei eventuell gewisse Waren den Besuchern zu herabgesetzten Preisen verabfolgt werden. Immerhin hat jeder Verein sich vorher genau darüber zu vergewissern, ob einer verbilligten Abgabe nicht eventuell gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

Sollten die Räumlichkeiten für die Anordnung einer grösseren Ausstellung nicht beschafft werden können, so sollte jeder Verein zum mindesten darauf Bedacht nehmen, **sämtliche Eigenfabrikate und «Co-op»-Produkte des V. S. K.** in den Schaufenstern und Ladenlokalitäten **zur Ausstellung zu bringen.**

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Angebot.

Tüchtige Ladentochter mit zweijähriger Lehrzeit sucht Stelle als **II. Verkäuferin.** Auskunft erteilt Konsumverein Aarau.

Tüchtige **II. Verkäuferin**, mit absolvierter 2jähriger Lehrzeit als Schuhwaren-, Mercerie- und Manufakturwarenverkäuferin in grösserer Genossenschaft, sucht sich zu verändern. Offerten unter Chiffre S. N. 100 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Redaktionsschluss: 8. Juni 1933.

Buchdruckerei des Verband. schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel